

Liebe Leserein, lieber Leser, in einem Werbefilm ihrer Marketingabteilung loben die Wuppertaler Stadtwerke sich selbst. Das ist ziemlich normal, und dafür sind Werbefilme ja auch da. Sicherlich gibt es auch einiges, worauf die Stadtwerke stolz sein und zu Recht auf sich aufmerksam machen können, ohne den Pfad der Tugend und der Wahrheitsliebe verlassen zu müssen.

Die WSW verkünden im Film, der Energiekonzern GdF Suez beteilige sich mit insgesamt 295 Mio. Euro an der WSW Energie & Wasser AG. Davon seien 145 Mio. Euro direkt gezahlt worden und 150 Mio. Euro in Form von Sacheinlagen. Das ist so nicht richtig, denn die Sacheinlagen stehen zunächst größtenteils, wie seinerzeit beim Reinfall mit RWE, nur auf dem Papier. Um sie überhaupt realisieren zu können, müssen die WSW zuerst einmal einen Kredit in Höhe von 221 Mio. Euro für den Erwerb von Anteilen an noch zu bauenden Kraftwerken aufnehmen, was der Film diskret verschweigt. Die 145 Mio. Euro dagegen werden benötigt, um den Kredit abzulösen, den die Stadtwerke für den Rückkauf der RWE-Anteile aufnehmen musste.

Die Einlage von GdF Suez besteht z. T. in einem 5%igen Anteil am geplanten Steinkohlekraftwerk Wilhelmshaven, das im übrigen keineswegs den Segen für die Umwelt darstellt, den das Werbefilmchen behauptet.

Mit der webcam vom Falkennest am Schornstein des Heizkraftwerkes Elberfeld machen die WSW sehr viel positiver auf sich aufmerksam als mit dem geschönten Eigenlob.

## „Geld oder Leben!“

### Enteignung der Kommunen muss beendet werden



**Alle wissen es: Bund, Land, die kommunalen Spitzenverbände wie der Städtetag, alle wissen, dass es den Städten und Gemeinden dreckig geht. Manche schaffen sich vorübergehende Entlastung durch den Verkauf ihres Eigentums, manche aber zieht es in den Abgrund. Dazu gehört Wuppertal. Nur noch wenige Jahre, so der Kämmerer, dann ist Wuppertal überschuldet. Die Stadt hat dann keinerlei Möglichkeit mehr, selbstständig zu agieren, sofern die Aktion im Zusammenhang mit Geld steht.**

Die Enteignung der Kommunen erfolgt schon seit langem. Besonders in der Zeit der "rot-grünen" Bundesregierung wurden ihnen immer höhere Belastungen auferlegt bei gleichzeitiger Beschränkung der Einnahmen. Die jetzige Bundesregierung machte dieser Entwicklung nicht nur kein Ende, sondern verschärfte sie noch. Die Kommunen tragen einen großen Teil der Kosten der wieder wachsenden Arbeitslosigkeit, sie zahlen ungeachtet ihrer eigenen Finanzlage Ausgleichszahlungen für ostdeutsche Kommunen und v. a. m.

Dieses Ausbluten der Kommunen bedeutet einen massiven Einbruch in die demokratischen Rechte ihrer BürgerInnen. Wenn, wie im Königreich Preußen im 19. Jahrhundert, die Städte keine eigenständigen Rechte haben, sondern nur Anweisungen der

übergeordneten Behörden ausführen dürfen, dann kann man es auch gleich wie damals machen und die BürgermeisterInnen vom Regierungspräsidenten einsetzen lassen.

Insbesondere die CDU/FDP-Landesregierung verhält sich so, dass sich die WuppertalerInnen vors Schienbein getreten fühlen müssen. Nicht nur, dass sie mit dem Kommunalwahltermin 30. August eine völlig überflüssige und widersinnige Mehrausgabe verordnet hat; mit den neuen Leitlinien zur Haushaltskonsolidierung treibt das Innenministerium die finanzschwachen Gemeinden beschleunigt in die Agonie. Selbst das Minimum an Handlungsspielraum, das Wuppertal noch hat, wird mit den Leitlinien entfallen. Auch die Zusage der

*Weiter auf Seite 2*

**Wuppertal wehrt sich S. 2**

**ARGE und Leiharbeit S. 3**

**Nordbahntrasse verstaatlicht! S. 4**

## Enteignung der Kommunen

Forts. von Seite 1

CDU-Fraktion im Landtag vom 17. März, dass die Mittel für die Stadtteilprojekte fließen werden, entpuppte sich als ein voreiliges Versprechen.

Schon die Sparvorschläge der Gemeindeprüfungsanstalt für den städtischen Haushalt im Frühjahr des vergangenen Jahres

ließen Schlimmes befürchten. Schwimmbäder, Stadtteilbibliotheken, Schulen, Jugendarbeit und der Personalbestand sind ernsthaft in Gefahr. Bisher weigert sich die Verwaltung aber, die BürgerInnen darüber aufzuklären, was genau geplant ist. Die BürgerInnen haben jedoch ein Anrecht darauf, zu wissen, was auf sie und ihre Stadt zukommt, und zwar noch vor den Wahlen.

## Spatenstich am Leuchtturm

Am 30. Juni 2009 besucht Ministerpräsident Jürgen Rüttgers Wuppertal, um den 1. Spatenstich für den Umbau des Döppersberg vorzunehmen - derselbe Jürgen Rüttgers, der den Stadtteilprojekten das Wasser abgegraben hat, indem er der Stadt verbot, ihre Eigenmittel dafür einzusetzen.

Dass am Döppersberg vieles verbessert werden muss, ist unübersehbar und wird von niemandem bestritten. Das geplante Projekt jedoch ist nach Ansicht vieler BürgerInnen in der geplanten Form überflüssig. Die Verlagerung des Busbahnhofs neben den Hauptbahnhof ist so widersinnig wie der Bau neuer Geschäfte und Büroräume im

Bahnhofsbereich. Bereits jetzt stehen in der Elberfelder Innenstadt reichlich Gewerbeflächen leer.

Die 35 Mio. Euro Eigenmittel der Stadt für den Umbau sollten anderweitig sinnvoller ausgegeben werden.

Trotz aller Bedenken wird am "Leuchtturmprojekt" verbissen festgehalten, bereits sind Gelder in die Planung des Umbaus geflossen. Die Verwaltung und der Rat der Stadt kannten in der Vergangenheit keine Skrupel und verkauften Teile der Stadtwerke an RWE, um u. a. den Eigenanteil an den Regionale 2006-Projekten zu finanzieren, zu denen auch der geplante Döppersberg-

## Noch mehr Streichungen

Am 6. März 2009 hat das Innenministerium NRW einen Leitfaden "Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung" herausgegeben. Betroffen davon sind Kommunen wie die Stadt Wuppertal, die unter vorläufiger Haushaltsführung stehen und denen Überschuldung droht. Sie enthalten dazu verschärfte Vorschriften. Die notwendige Aufnahme von Krediten wird weiter eingeschränkt. Dies gilt auch für die so genannten freiwilligen Leistungen der Stadt wie die bereits gestrichenen städtischen Zuschüsse zum Mittagessen in Schulen und Kindertageseinrichtungen. Von den Streichungen bedroht sind z. B. auch Stadtteilbibliotheken, Schwimmbäder und Zuschüsse an freie Träger wie das Wuppertaler Frauenhaus.

Umbau gehörte.

Übrigens: Bei Redaktionsschluss (24. Mai 2009) lag immer noch kein schriftlicher Bescheid über die Freigabe der Landesmittel vor. Wird Wuppertal mit einer Großbaustelle leben müssen, für deren Fertigstellung kein Geld mehr da ist?

## Wuppertal wehrt sich



Hunderte Wuppertaler am 17. März auf dem Weg über die Rheinknie-Brücke zum Landtag.

Nach Bekanntwerden der vom Innenministerium NRW durchgesetzten Streichungen für die Maßnahmen "Soziale Stadt" und "Stadtumbau West" fand sich ein breites Bündnis aus Sozialverbänden, Initiativen und BürgerInnen zusammen. Ein Höhepunkt der Protestaktionen des Bündnisses "Wuppertal wehrt sich" war die Demonstration zum Düsseldorfer Landtag und die damit verbundene Übergabe der Resolution "Leben für unsere Stadtteile" an die Fraktionen am 17. März 2009. Die Geschäftsführung der CDU-Fraktion sicherte der Delegation zu, dass die Gelder für die Stadtteilprojekte fließen würden. Aber die Freude über den unerwarteten Erfolg der Protestaktion sollte nicht lange währen: In einem Telefonat mit dem Städtebauministerium NRW erhielt eine Sprecherin des

Bündnisses die Auskunft, dass die Zusage der CDU-Fraktion jeder Grundlage entbehre. Ihr wurde aber mitgeteilt, dass das, was die Stadt immer bestritten hat, doch möglich sei, nämlich die Verwendung der für den Umbau des Döppersberg bestimmten Mittel für andere Zwecke. Das heißt, dass die Stadt bzw. der Rat sich zwischen dem großen Projekt Döppersberg und den vielen kleinen Projekten der Sozialen Stadt entscheiden können. Das allerdings hat sie bereits, und zwar für das "Leuchtturmprojekt Döppersberg".

Das Bündnis "Wuppertal wehrt sich" gibt aber nicht auf. Die Petition "Wuppertal braucht Zukunft", zu finden unter <http://www.wuppertal-wehrt-sich.de/>, geht über die Forderungen nach Weiterfinanzierung der Stadtteilprojekte hinaus:

"Wir wollen weitergehende Benachteiligungen nicht mehr akzeptieren. Und wir werden jetzt aktiv für die Zukunft unserer Stadt kämpfen. Wir fordern von Land und Bund mit den gegenseitigen Schuld- und Kompetenzzuweisungen Schluss zu machen und einen Weg zu finden,

- die Altschulden der Kommune abzulösen, damit die Stadt von den horrenden Zinszahlungen entlastet wird - z.B. durch einen Fonds auf der Landesebene,
- dass die kreditfinanzierten Zahlungen an den Fonds "deutsche Einheit" von "armen" Kommunen wie Wuppertal eingestellt werden können,
- die strukturelle Unterdeckung des kommunalen Haushaltes endlich durch ein gerechtes und solidarisches System der Lastenverteilung zwischen "armen" und "reichen" Städten zu beseitigen."

### Impressum:

Herausgegeben von der Ratsgruppe der offenen Liste  
DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal  
Rathaus, Zi. 242, Joh.-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal,  
Tel. u. Fax: 0202 - 563-6677  
[www.ratsfraktion.dielinke-wuppertal.de](http://www.ratsfraktion.dielinke-wuppertal.de)  
E-mail: [ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de](mailto:ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de)  
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ursula Albel,  
Elisabeth August, Dr. Wolfgang Fenner,  
Gerd-Peter Zielezinski  
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal  
Auflage: 40000  
Redaktionsschluss: 25.05.2009  
Die Abgabe erfolgt kostenlos.

# Die ARGE und die Leiharbeit

## Anträge und Anfragen im Arge-Beirat

**Sklaventreiber,  
hast Du Arbeit  
für mich?**  
Bruttolohn:  
2,73€

Im Zusammenhang mit den Vorfällen bei der Leiharbeitsfirma GENS Personalmanagement GmbH hat DIE LINKE am 4. Februar im ARGE-Beirat nachge-

fragt, welche Standards solche Firmen einhalten müssen, um mit der ARGE kooperieren zu können. Antwort: keine. Wörtlich heißt es: "Vermittlungen finden auf alle gemeldeten Stellen von Arbeitnehmerüberlassern statt." Einschränkend heißt es aber weiter, dass die "Erkenntnisse des DGB Region Bergisch Land" zur Kenntnis genommen werden, die auf dessen Homepage zu finden sind.

Dort ([www.region-bergisch-land.dgb.de](http://www.region-bergisch-land.dgb.de)) klickt man unter "Jobs und Projekte" "Kontakt Leiharbeit" an und weiter "Die Unternehmen". Stellen bei dort rot gekennzeichneten Firmen müssen nach Auskunft der ARGE nicht angetreten werden.

Fair wäre dann aber doch, solche Stellen erst gar nicht zu vermitteln. ARGE-"Kunden", die nicht die Möglichkeit haben, sich entsprechende Informationen zu verschaffen, haben sonst den Schwarzen Peter gezogen.

### Antrag im ARGE-Beirat 20. Mai 09

Wir beantragen daher, dass die ALG II-Beziehenden durch die Mitarbeiter/innen der ARGE auf diese Regelung sorgfältig hingewiesen werden und ebenso, dass die ARGE Wuppertal Stellen von Leiharbeitsfirmen, die die Kriterien des DGB nicht erfüllen, nicht vermittelt.

DIE LINKE im Rat hat im Arge-Beirat am 20.5.2009 weitere Anträge und Anfragen gestellt, darunter die folgenden:

1) Nach zahlreichen Beschwerden über die Weigerung von Arge-Mitarbeitern, von

Antragstellern eingereichte Dokumentkopien mit einem Eingangsstempel zu versehen, haben wir angeregt, dies wieder zu praktizieren. Nicht zuletzt wegen der rätselhaft hohen Dokument-Verlustquote bei der Arge ist eine Eingangsbestätigung dringend erforderlich, denn andernfalls drohen den Leistungsbeziehern erhebliche Nachteile.

2) DIE LINKE im Rat hat, nachdem in der März Sitzung des Rates unser Antrag auf Rücknahme der Kürzungen nicht behandelt wurde, um einen Sachstandsbericht gebeten darüber, wie sich die Angelegenheit mit den Anfang des Jahres gekürzten Mehraufwandsentschädigung entwickelt hat. Seinerzeit wurde der Stundenlohn für 1-Euro-Jobber von 1,50 auf 1,00 Euro gekürzt. Gleich darauf ließ die Arge jedoch wissen, mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II könne diese Kürzung zurückgenommen werden (DIE LINKE im Rat 13/2009 berichtete darüber).

Anzeige

## Schulmittagessen: Noch immer keine dauerhafte Lösung

Vor nunmehr fast zwei Jahren wurde die neue Regelung hinsichtlich des Schulmittagessens für Kinder aus finanziell benachteiligten Haushalten in Kraft gesetzt. Sie sah die komplizierte und fragwürdige Zusammensetzung des Zuschusses aus Mitteln der Landesregierung ("Rüttgers-Fonds"), des Fördervereins und Eigenmitteln der Stadt und der Eltern vor.

Am 19. Mai hat das Landeskabinett die Fortführung der Förderung bis zum Ende des Schuljahres 2010/11 beschlossen. Nötig ist aber eine dauerhafte Lösung. Eine solche fordert nicht nur DIE LINKE im Rat, sondern auch der Oberbürgermeister. Schade, dass sich diese Erkenntnis nicht bei seinen ParteifreundInnen in Düsseldorf durchgesetzt hat.



**Café  
Tacheles**

★ **Café & Sozialzentrum** ★  
**Stadtteiltreff**

---

**Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles**



**Öffnungszeiten Café:**

Di. - Fr.	9.00 - 17:00 Uhr
Sonntag & Feiertags	13.00 - 19.00 Uhr

Café mit Terrasse, Kinder herzlich willkommen

**Sozialberatung:**

- Persönliche Beratung:  
Di. + Do. ab 9:00 Uhr  
(Einlass ab 8:30 Uhr)
- Telefonische Beratung:  
Do. 14:00 - 17:00 Uhr

**[www.tacheles-sozialhilfe.de](http://www.tacheles-sozialhilfe.de)**

Tacheles e.V., Rudolfstr. 125 (alter Bahnhof Loh), 42285 Wuppertal, Tel: 0202 - 318 441



## PolizeiDemo

DIE LINKE im Rat schätzt den Polizeieinsatz gegen die autonome 1. Mai-Demo als unverhältnismäßig ein. Die von den eingesetzten BeamtInnen durchgesetzten Maßnahmen lassen berechtigte Zweifel daran aufkommen, dass sie sich an das Versammlungsrecht gehalten haben. Darüber hinaus erweckte das ruppige, manchmal sogar

gewalttätige Vorgehen den Eindruck der Schikane. Mit dafür verantwortlich war, dass die Polizeiführung sich nicht an die zuvor mit der Vermittlungsgruppe ausgehandelten Vereinbarungen gehalten hat. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und die Demonstrationsfreiheit wurden massiv unterdrückt.

Rückblick

# Vor 130 Jahren: Eröffnung der Rheinischen Eisenbahnstrecke im Wuppertal



Brücke der REG über die Schönebecker Straße nahe dem Güterbahnhof Loh.

Am 15. September 1879 wurde die am nördlichen Hang der Stadt verlaufende Strecke der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft (REG) eröffnet, die man heute unter dem Begriff "Nordbahntrasse" kennt. 120 Jahre später, im Dezember 1999, wurde sie endgültig geschlossen. Mit dieser Strecke wollte die REG der Bergisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft Konkurrenz machen, die seit 1847 die im Tal verlaufende Strecke betrieb, die Köln und Dortmund verband.

Noch heute lässt der Anblick des Streckenverlaufs der Nordbahntrasse erahnen, welche Gewinnerwartungen hinter dem Bau des Projekts standen. Zahlreiche Viadukte und Tunnel mussten gebaut werden, und auch die Größe des Elberfelder Bahnhofs Mirke belegt, dass Eisenbahnbau und -betrieb damals Boombranchen gewesen sind. Im Hinblick auf diese großen Erwartungen, aber auch unter dem Gesichtspunkt der neoliberalen Regierungspolitik der letzten Jahre, egal, ob sie "rot-grün" oder "schwarz-rot" oder irgendwie mit "gelb" gefärbt war, ist es interes-

sant, dass nur fünf Monate nach der Eröffnung der Strecke die Reichsregierung ein Gesetz zur Verstaatlichung aller Eisenbahnen im Deutschen Reich erlassen hat. Die Linie selbst ist am 1.4.1881 verstaatlicht worden, die Rheinische Eisenbahngesellschaft 1886, die Bergisch-Märkische übrigens schon vier Jahre früher.

Gründe für die Verstaatlichung waren z.T. sicherlich militärische, aber auch verkehrspolitische: Um das reichsweite Fernbahnnetz besser koordinieren zu können, benötigte man eine reichsweite Eisenbahngesellschaft, eben die Reichsbahn. Hinzu kommt noch, dass in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts die öffentliche Daseinsvorsorge ein wichtiges Thema war. Viele kommunale Gas-, Wasser- und Elektrizitätsgesellschaften wurden gegründet, und bekanntermaßen fühlte sich die Bismarck-Regierung genötigt, die Grundlagen des heutigen Kranken- und Rentenversicherungssystems zu legen, an dem die Bundesregierung ebenso eifrig sägt, wie sie versucht, die Eisenbahn zu privatisieren.

Die Nordbahn wurde jedenfalls nach der Verstaatlichung hauptsächlich als Güterstrecke genutzt sowie als Ausweichstrecke für den Personenverkehr, der 1992 ganz eingestellt wurde. Vor zehn Jahren, 1999, wurde die Strecke endgültig geschlossen.

Anzeige

## FEST DER SOLIDARITÄT

### 19.-21. Juni 2009

**Dortmund Revierpark Wischlingen**

Konstantin Wecker kommt am 19. Juni 20.00 Uhr

**Das größte Fest der Linken in Deutschland**